

Berichte

Geschichtsforschungen zu dem Buch von Kenneth Dyson und Kevin Featherstone „The Road to Maastricht“

Von Roland Vaubel, Mannheim

Dysons und Featherstones Buch (Oxford University Press, Oxford 1999, 825 S.) ist eine höchst beeindruckende Forschungsleistung. Die Verfasser haben Interviews mit etwa 200 Politikern und Beamten geführt, die an den Verhandlungen direkt beteiligt waren. Die Ergebnisse werden auf über 800 Seiten dargestellt. Dabei werden die Quellen nicht im einzelnen genannt (außer wenn – eher selten – aus Büchern zitiert wird). Den Kern des Buches bilden fünf verschiedene Teile, die die Ereignisse in den vier großen Mitgliedstaaten Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien sowie in der Europäischen Kommission analysieren. Jede Länderanalyse ist in mehrere Kapitel unterteilt, die drei Phasen des Währungsintegrationsprozesses unterscheiden: die Zeit der vergeblichen Versuche (1968–82), die Vorentscheidung (1983–89) und die Ausführung (1990–91). Da über die Zeit bis zur Mitte der achtziger Jahre nicht viel Neues berichtet wird, konzentriert sich die folgende Analyse auf die Zeit danach und hier vor allem auf die deutsch-französischen Verhandlungen.

Ein monumentales Werk wie dieses verlangt größten Respekt, wenn nicht gar Bewunderung. Die Verfasser – beide Professoren für Politikwissenschaft an der University of Bradford – beschränken sich auch keineswegs auf die Deskription. Sie versuchen durchaus, die Interessen und Strategien der einzelnen Akteure herauszuarbeiten. Gerade hier aber scheitern sie. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie das zugrundeliegende Tauschgeschäft eigentlich gar nicht verstanden haben. Das liegt daran, daß sie kaum über das hinausgehen, was die interviewten Politiker und Beamten ihnen gesagt haben. Was fehlt, ist eine tiefergehende Public-Choice-Analyse.

Wie Dyson und Featherstone immer wieder betonen, war nicht Kohl, sondern Genscher „the real policy entrepreneur behind EMU“ (S. 307).

Kohl machte sich das Projekt zwar im Juni 1988 – auf dem Europäischen Gipfel von Hannover und einen Monat nach Mitterands Wiederwahl – ebenfalls zu eigen (S. 341), er hielt sich aber zunächst eher vorsichtig zurück. Ihm ging es vor allem darum, daß der politische Kredit, den er sich davon erwartete, ihm selbst zugute kommen würde (S. 313).

Genschers erste folgenreiche Initiative war das „Genscher-Memorandum“ vom Februar 1988, das die Wechselkursstrategie des Werner-Plans aufgab und zum ersten Mal den direkten Übergang zur europäischen Einheitswährung empfahl. Als „decisive“ bezeichnen Dyson und Featherstone auch den Vorschlag, ein Expertenkomitee – den späteren Delors-Ausschuß – einzusetzen, das die Einzelheiten des Übergangs ausarbeiten sollte (S. 331).

Das Genscher-Memorandum wurde als persönliche Stellungnahme des FDP-Vorsitzenden – nicht des Außenministers – veröffentlicht. Entworfen wurde es jedoch von Wilhelm Schönfelder – einem Beamten des Auswärtigen Amts – und Peter-Wilhelm Schlüter – einem Beamten der Bundesbank. Wie Dyson und Featherstone berichten, handelte Schlüter dabei ohne Erlaubnis oder Wissen seines Vorgesetzten Wolfgang Rieke (S. 333). Während Kohl, Delors und Dumas von Genscher im voraus über das Memorandum informiert wurden (S. 330 f.), bezeugt Hans Tietmeyer, der damals noch Staatssekretär im Bundesfinanzministerium war, daß es „ein (zuvor innerhalb der Bundesregierung nicht abgestimmtes) Papier“ war.¹ Dyson und Featherstone schreiben: „Tietmeyer robustly questioned Lautenschlager“ (den zuständigen Staatssekretär des Auswärtigen Amts) „about the procedure being used“, und Finanzminister Stoltenberg „made known to Kohl his irritation at being bypassed in this way“ (S. 331). Auch bei Bundesbankpräsident Pöhl „löste Genschers Vorgehen ... Erstaunen aus, will man es milde ausdrücken“.² Das Finanzministerium veröffentlichte im Monat darauf ein Gegenpapier. Stoltenberg schreibt dazu in seinen Memoiren: „Genschers Beitrag war in der Sache problematisch ... Nach meiner Überzeugung (war) für lange Zeit der Ausbau und die Stärkung des Europäischen Währungssystems der richtige Weg“.³

Weshalb wollte Genscher die Währungsunion, und weshalb legte er seinen Vorschlag gerade im Februar 1988 vor? Dyson und Featherstone

¹ Hans Tietmeyer, Währungsstabilität für Europa, Nomos, Baden-Baden 1996, S. 483.

² Karl Otto Pöhl, Der Delors-Bericht und das Statut einer Europäischen Zentralbank, in: Theo Waigel (Hg.), Unsere Zukunft heißt Europa, Econ, Düsseldorf 1996, S. 196.

³ Gerhard Stoltenberg, Wendepunkte, Siedler, Berlin 1999, S. 329.

meinen, Genscher habe aus der EWS-Krise vom Januar 1987 die Lehre gezogen, „that, in the long term, the Bundesbank's role as the power centre of the ERM was not compatible with Germany's interest in deepening economic and political union“ (S. 321). Auch Schönfelder und Thiel sehen ein „Schlüsseldatum für den Prozeß, an dessen Ende das Vertragswerk von Maastricht stand“, im März 1987, als Genscher in einer Rede vor den Bonner EG-Botschaftern ganz neue Töne anschlug.⁴ Aber wollte Genscher nur ein Hindernis für die wirtschaftliche und politische Integration Europas aus dem Weg räumen, wie Dyson und Featherstone meinen, oder war die Währungsunion für ihn vielmehr ein Tauschobjekt, mit dem er sich Gegenleistungen anderer einhandeln wollte? Zu dieser Interpretation neigt Bernard Conolly: „Genscher ... wanted to change the perception of Germany as an economic giant but a political pygmy ... Political union ... would provide a convenient shell for German diplomatic action ... Genscher was prepared to offer France the bait of a diminution of German national sovereignty in monetary policy, an area that did not interest him a great deal, in order to increase Germany's diplomatic weight“.⁵ Auch Kohl interessierte sich sicher mehr für Außen- und Sicherheitspolitik als für Wirtschafts- und Währungspolitik. Wolfgang Schäuble – damals Leiter des Kanzleramts – sprach später sogar von einer „nuklearen Komponente“ für die europäische Sicherheitspolitik. Dagegen konnten Genscher und Kohl auf die geldpolitische Führungsrolle der Bundesbank leicht verzichten, denn die Bundesbank war unabhängig und die Geldpolitik dem Einfluß der Bundesregierung daher weitgehend entzogen. Für Conollys Hypothese, daß die beiden die D-Mark als Tauschobjekt betrachteten, spricht ebenfalls die Tatsache, daß Kohl später dem amerikanischen Außenminister Baker sagte, die Europäische Währungsunion, zu der er sich entschlossen habe, sei für sich genommen „gegen deutsche Interessen“.⁶

Auch der Zeitpunkt für Genschers Sinneswandel und Vorschlag wird von Dyson und Featherstone nicht plausibel erklärt, denn die Währungskrise vom Januar 1987 war eine Franc-Krise wie jede andere. Viel wichtiger war, daß die Bonner Forderungen nach einer Einbeziehung der Nuklearpotentiale in eine europäische Verteidigungsidentität im Oktober

⁴ Wilhelm Schönfelder, Elke Thiel, *Ein Markt – eine Währung*, Nomos, Baden-Baden 1996, 2. Aufl., S. 22.

⁵ Bernard Conolly, *The Rotten Heart of Europe*, faber and faber, London, Boston 1995, S. 73 f.

⁶ Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, hg. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 638, Gespräch Kohl mit Baker in Berlin (West) am 12.12.1989.

1987 in Den Haag von der französischen und der britischen Regierung abgelehnt worden waren.⁷ Eine gewisse Rolle spielte auch, daß 1987 die Einheitliche Europäische Akte in Kraft getreten und Frankreich zur Preisstabilität zurückgekehrt war. Die Einheitliche Europäische Akte sah die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft vor, und es war abzusehen, daß dies die französische Abhängigkeit von der deutschen Geldpolitik noch verstärken würde. Das war die zentrale Botschaft des Padoa-Schioppa-Komitees – einer Studiengruppe der EG-Kommission, die im April 1987 ihren Bericht vorlegte. Da die französische Inflationsrate 1987 unter 3 Prozent sank, wurde die Bundesbank auch nicht mehr als Sündenbock für die französische Stabilisierungsarbeitslosigkeit benötigt. Die Bundesbank hatte ihre Schuldigkeit getan. Um so mehr wurde ihre geldpolitische Dominanz in Paris und Rom als deklassierend und störend empfunden. Der aufgestaute Unmut entlud sich vor allem über den deutschen Diplomaten. Auch Dyson und Featherstone berichten: „Genscher was responding to pressures from Paris and Rome“ (S. 363). „... The French strategy that evolved under Mitterand ... was essentially indirect, subtle and psychological and conducted in strictest secrecy. Its first component was to encourage the Germans to table EMU proposals, identifying the most receptive point in the German governmental system: the German Foreign Minister, Hans-Dietrich Genscher“ (S. 128). Ausgeführt wurde diese Strategie vor allem von Roland Dumas, der in der Zeit der „Cohabitation“ (1986–88) nicht Außenminister, sondern Berater des Präsidenten war: „Roland Dumas took up French criticisms directly with Genscher on behalf of the Elysée. Dumas was Genscher's key contact in Paris and a man in whom Genscher had complete confidence ... Dumas put him under sustained pressure on EMU“ (S. 327).

Erstaunliches wissen die Autoren über die Einsetzung des Delors-Komitees zu berichten. „At the first, in March Kohl had proposed two committees: one to prepare for economic union, and one for monetary union. Both were to be chaired by Pöhl“ (S. 339). Pöhl schlug vor, beide Themen einem Ausschuß zu übertragen (S. 339). Als dies akzeptiert wurde, stimmte er dem Plan zu – natürlich unter der Annahme, daß er selbst den Vorsitz des Ausschusses übernehmen würde. Um so bestürzter war er, als er erfuhr, daß der Europäische Rat in Hannover nicht ihn, sondern Jacques Delors zum Ausschußvorsitzenden ernannt hatte: „His imme-

⁷ Stefan Fröhlich, Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik, Schöningh, Paderborn 2001, S. 210.

diate reaction was to try to get Delors's nomination cancelled and to refuse to accept the invitation ... Pöhl felt betrayed by Kohl with whom he felt he had had an understanding ... Kohl's telephone call to Pöhl failed to calm the situation. There followed angry letters to Kohl, which were not answered. With Hanover began the period of tense, difficult relations between Pöhl and Kohl that were to culminate in ... Pöhl's resignation in May 1991" (S. 342).

Pöhl hat diese Darstellung indirekt bestätigt: „Ich war außerdem mit der Zusammensetzung des Ausschusses nicht einverstanden. Sie widersprach dem, was, wie ich dachte, mit der Bundesregierung vereinbart worden war“.⁸ Dyson und Featherstone berichten, daß die Entscheidung für Delors schon mehr als zwei Wochen vor dem Gipfel von Hannover gefallen war (S. 340), daß Kohl und Delors Pöhl nichts davon sagten, obwohl Pöhl vier Tage vor dem Gipfel mit Delors in Brüssel dinierte (S. 340), daß die Ernennung Delors Kohls Idee war (S. 338) und daß Kohl sie auch selbst in Hannover vorschlug – „knowing that it would please the French“ (S. 338). Stoltenberg hat, was die Urheberschaft angeht, eine plausiblere Erklärung: „Es gab dann allerdings in Hannover eine erhebliche Veränderung. Mitterand gelang es, Delors als Vorsitzenden dieser Gruppe durchzusetzen“.⁹

Nachdem der Bericht des Delors-Komitees im April 1989 vorgelegt und im Juni 1989 vom Europäischen Rat in Madrid angenommen worden war, herrschte große Unsicherheit, wie es denn nun weitergehen würde. Während Paris und das deutsche Auswärtige Amt möglichst bald eine Regierungskonferenz zur Währungsunion einberufen wollten, versuchten Bundesbank und Bundesfinanzministerium, Zeit zu gewinnen (S. 353). Auch Kohls Mitarbeiter im Kanzleramt (Teltschik, Bitterlich) waren gespalten. „Kohl ... was in no hurry to be rushed into a date for the Intergovernmental Conference (IGC), and Delors soon concluded that an IGC was some way off – beyond the target date for the completion of the single European market on 31 December 1992“ (S. 354). Wie Delors später in einem Zeitungsinterview erklärte, habe er selbst mit der Einheitswährung nicht vor 2005 gerechnet.¹⁰

In dieser Situation ergriff Genscher erneut die Initiative. Die Gelegenheit dazu war günstig, denn im April 1989 war Stoltenberg als Finanzmi-

⁸ *Karl Otto Pöhl*, Der Delors-Bericht und das Statut einer Europäischen Zentralbank, a.a.O., S. 197.

⁹ *Gerhard Stoltenberg*, Wendepunkte, a.a.O., S. 329.

¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.2001.

nister zurückgetreten, und Finanzstaatssekretär Tietmeyer war seit September 1989 voll damit beschäftigt, seinen Wechsel ins Direktorium der Bundesbank vorzubereiten (S. 262). Am 30. November 1989 – genau drei Wochen nach dem Fall der Mauer und eine Woche vor dem europäischen Gipfel in Straßburg – stattete Genscher seinem Amtskollegen Dumas in Paris einen Routinebesuch ab. Im Laufe der Unterredung bat er ihn um ein persönliches Gespräch mit Mitterand, das noch am selben Abend gewährt wurde. Es erwies sich in den Worten von Dyson und Featherstone als „the decisive turning point for EMU“ (S. 363). Mitterand zeigte sich – wie Dumas vor ihm – aufs tiefste beunruhigt über den Zehn-Punkte-Plan für die deutsche Wiedervereinigung, den Kohl zwei Tage vorher im Bundestag präsentierte. „In his meeting with Mitterand on 30 November, Genscher was subjected to the full force of the President’s fears and warnings“ (S. 364). Elisabeth Guigou, die europapolitische Beraterin Mitterands, die dabei war, meint sogar: „Il a même été assez brutal“.¹¹ „Le ton était vraiment: s’il doit y avoir crise, eh bien il y aura crise“.¹² Was Genschers Gesprächsbeitrag angeht, ist die Darstellung von Dyson und Featherstone sehr kurz und vage. Man liest zwar, daß Genscher nach seiner Rückkehr Kohl davon überzeugte, „that it was in Germany’s interest not to let slip the opportunity to advance European unification at Strassbourg by agreeing an early date for an IGC on EMU“ (S. 364). Aber weshalb Genschers Paris-Besuch „the decisive turning-point for EMU“ gewesen sein soll, wird keineswegs deutlich.

Ganz anders der Bericht des französischen Präsidenten-Beraters Jacques Attali, der ebenfalls an dem Gespräch teilnahm: „Le Président demand (à Genscher) en plaisantant si l’Allemagne réunifiée resterait dans la CEE. Genscher lui répond pour la première fois que le gouvernement allemand a changé d’avis et qu’il est prêt à fixer, à Strassbourg, la semaine prochaine la date de la Conférence internationale sur l’Union monétaire“.¹³ Während Attali also Genscher so verstanden hat, als habe dieser im Auftrag der Bundesregierung gehandelt, gehen Dyson und Featherstone davon aus, daß er nur seine „personal position“ wiedergegeben habe (S. 364). Unklar bleibt daher auch, ob der Besuch bei Mitterand und die Verknüpfung der Währungsunion mit der Wiedervereinigung Genschers Idee war oder ob sie ihm von anderen – vielleicht sogar von Dumas – nahegelegt wurde. Dumas selbst hat erklärt, daß Genscher

¹¹ Die Geschichte des Euro, Teil II, gesendet in Arte am 26.03.98.

¹² So wird sie zitiert von Jean Quatremer, Thomas Klau, Ces hommes qui ont fait l’euro, Plon, Paris 1999, S. 170.

¹³ Jacques Attali, Verbatim III, 1988–91, Fayard, Paris 1995, S. 353.

Zweifel hatte, ob Kohl die Währungsunion – ohne das Tauschgeschäft mit der Wiedervereinigung – im eigenen Land durchsetzen würde: „Genscher considérait qu'il (Kohl) se trompait, qu'il était entre les mains de son aile droite“.¹⁴ Fröhlich (2001) berichtet, daß man im Kanzleramt in „Genschers Drängen, andernfalls würde Paris den Einigungsprozeß behindern, … vor allem den von Genscher ventilirten Einfluß Dumas“ auf Mitterand vermutete¹⁵.

Attali berichtet in seinen Tagebüchern, daß Mitterand Genschers Angebot begierig aufgriff und Kohl sogleich am folgenden Tag einen Brief schrieb, in dem er ein festes Datum für die Regierungskonferenz forderte.¹⁶ Als Kohl in seinem Antwortschreiben nicht darauf einging, habe Mitterand seine Forderung wiederholt – diesmal in einem Brief, der an die Regierungschefs aller EG-Staaten gerichtet war.¹⁷ Erst in Straßburg stimmte Kohl plötzlich – auch für Attali überraschend – der Einberufung der Regierungskonferenz zu. Dazu Attali: „H. Kohl se rallie au processus d’Union économique et monétaire, tandis que les douze acceptent que le peuple allemand retrouve son unité … La Conférence intergouvernementale … sera convoquée avant la fin de 1990, c'est à dire, comme le voulait le Chancelier après les élections en RFA“.¹⁸ „Et c'est grâce à la réticence française à l'égard d'une réunification inconditionnelle que nous avons eu la monnaie unique … La monnaie unique n'aurait pas été créée sans la réticence de François Mitterand à l'unification allemande“.¹⁹

Hubert Védrine, ebenfalls ein langjähriger außenpolitischer Berater Mitterands und später französischer Außenminister, teilt die Auffassung Attalis: „Si cet événement (der Fall der Mauer) n'avait pas eu lieu, on en serait sans doute encore à faire des comités préparatoires pour l'UEM … Le président a su saisir le bon moment, fin 1989, pour obtenir un engagement de Kohl. Il y a eu un bref instant où celui-ci est suffisamment sûr que l'unification va se faire, mais où il n'est pas encore certain que les choses iront vite et sans difficulté. Il ne peut donc se dispenser de faire un geste à l'égard de ses partenaires. Six mois plus tard, il aurait été trop

¹⁴ Jean Quatremère, Thomas Klau, *Ces hommes qui ont fait l'euro*, a.a.O., S. 171.

¹⁵ Stefan Fröhlich, *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik*, a.a.O., S. 255. Fröhlich meint, Genscher habe seinen Besuch in Paris „zum Anlaß genommen“, Kohl nochmals mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der Währungsunion hinzuweisen.

¹⁶ Jacques Attali, *Verbatim III, 1988–91*, a.a.O., S. 357.

¹⁷ Ebenda, S. 358.

¹⁸ Ebenda, S. 372.

¹⁹ Die Geschichte des Euro, Teil II, Arte 26.03.98.

tard: aucun président français n'aurait plus été en mesure d'obtenir d'un chancelier allemand l'engagement de réaliser la monnaie unique“.²⁰

Zu diesen französischen Stimmen paßt eine Notiz, die sich in den Tagebüchern von Horst Teltschik, Kohls außenpolitischen Berater, findet. Danach äußerte Teltschik Anfang Dezember 1989 in einem Gespräch mit einem französischen Journalisten, „im übrigen befindet sich die Bundesregierung jetzt in der Lage, praktisch jeder französischen Initiative für Europa zustimmen zu müssen“.²¹ In einer Analyse des Kanzleramts heißt es: „Insbesondere für Mitterand ist die europäische Einbindung der deutschen Währung ein entscheidender Faktor, der Wiedervereinigung zuzustimmen“.²² Selbst Joachim Bitterlich, Genschers Vertrauter im Kanzleramt, räumt ein, daß die Wiedervereinigung als „Katalysator“ für die deutsche Zustimmung zur Währungsunion gedient habe.²³ Dyson und Featherstone scheinen die Tagebücher Attalis und Teltschiks nicht zu kennen. Jedenfalls erwähnen sie sie nicht. Sie meinen zwar auch, daß „conditionality of German unification on an acceleration of progress with EMU ... was pressed by Mitterand on Kohl“, fügen dann aber hinzu: „This linkage was successfully resisted by both Kohl and Genscher“ (S. 47). Tatsächlich oder nur in ihren offiziellen Verlautbarungen?

Anders als der damalige Bundespräsident von Weizsäcker²⁴ hat sich die Regierung Kohl in der innenpolitischen Auseinandersetzung nie darauf berufen, daß der Verlust der Mark der Preis für die Wiedervereinigung sei. Genscher erklärte sogar am 23.04.98 im Bundestag: „Die Legende, die deutsche Zustimmung zur Währungsunion sei der Preis für die Zustimmung insbesondere Frankreichs zur deutschen Einheit gewesen, ist Gift für das zukünftige Zusammenleben in Europa“.²⁵ In seinen Memoiren schreibt er allerdings über seinen Paris-Besuch vom 30. November 1989: „Mir schien es daher dringlicher denn je, im Dezember 1989 über das Mandat für die Regierungskonferenz zu entscheiden, denn wir würden unsere Partner in der Europäischen Gemeinschaft, allen voran Frankreich, brauchen, sobald es um die deutsche Vereinigung

²⁰ Jean Quatremère, Thomas Klau, *Ces hommes qui ont fait l'euro*, a.a.O., S. 172.

²¹ Horst Teltschik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Siedler, Berlin 1991, S. 61.

²² Als wörtliches Zitat abgedruckt in DER SPIEGEL, 18/1998, S. 108.

²³ Jean Quatremère, Thomas Klau, *Ces hommes qui ont fait l'euro*, a.a.O., S. 172.

²⁴ Richard von Weizsäcker im Interview, in: H.-U. Joergens (Hg.), *Der Kampf um den Euro. Wie riskant ist die Währungsunion?* Hoffmann und Campe, Hamburg 1998, S. 365–368.

²⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.04.98.

ging“.²⁶ Und zur Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags bemerkt er: „Für mich symbolisierte dieser Akt die Einlösung meiner im deutschen Vereinigungsprozeß gegebenen Zusagen, auch das vereinigte Deutschland werde die Politik der europäischen Integration entschlossen und unvermindert engagiert fortsetzen“.²⁷

Hätte Mitterand die Wiedervereinigung wirklich verhindern können? Hätte er den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht verweigern können – auch zum Beispiel gegen den Willen der USA? Das glaubte er, wie er später eingestand,²⁸ selber nicht. Glaubte es Genscher? Und Kohl? Aber wahrscheinlich hätten beide ihr Projekt einer europäischen Währung ohne die Verbindung mit der Wiedervereinigung nur schwerlich in der Bundesregierung und gegen die Bundesbank durchsetzen können.

Nicht nur François Mitterand, auch Margaret Thatcher war beunruhigt über die deutsche Wiedervereinigung. Sie berichtet in ihren Memoiren, daß Mitterand angesichts der deutschen Wiedervereinigungspläne auf dem Straßburger Gipfel in zwei privaten Gesprächen ihre Unterstützung suchte („we must draw together“²⁹). Im Januar 1990 habe er dann erklärt, „that in reality there was no force in Europe which could stop reunification happening“.³⁰ Sie wunderte sich über „his failure to match private words with public deeds“.³¹ Offensichtlich erkannte sie nicht, daß Mitterand, da seine währungspolitischen Forderungen akzeptiert wurden, mit Kohl einen „Separatfrieden“ geschlossen hatte. Sie nimmt allerdings für sich in Anspruch, als Preis für ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung den polnisch-deutschen Grenzvertrag vom 14.11.1990 durchgesetzt zu haben.³²

Die nun folgende Regierungskonferenz zeigte, daß selbst Kohl die Implikationen des Mitterand-Genscher-Deals nicht voll verinnerlicht hatte. Dyson und Featherstone schildern, wie Kohl und die deutschen Verhandlungsführer immer noch – im Sinne der ursprünglichen Genscher-Konzeption von 1987/88 – versuchten, als Gegenleistung für die Währungsunion die Politische Union durchzusetzen (S. 418, 439). Sie scheiterten – nicht zuletzt am Desinteresse Frankreichs (S. 420, 439). Sie hatten nicht

²⁶ Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Siedler, Berlin 1995, S. 390.

²⁷ Ebenda, S. 398.

²⁸ Die Geschichte des Euro, Teil II, Arte 26.03.98.

²⁹ Margaret Thatcher, *The Downing Street Years*, Harper Collins, London 1993, S. 796.

³⁰ Ebenda, S. 797.

³¹ Ebenda, S. 798.

³² Ebenda, S. 799.

begriffen, daß das Tauschobjekt D-Mark als Gegenleistung für Mitterands Zustimmung zur Wiedervereinigung aufgebraucht worden war und daher als Gegenleistung für die Politische Union nicht mehr zur Verfügung stand.³³ Genschers ursprüngliche Strategie ließ sich nicht mehr realisieren. Auch dies wird bei Dyson und Featherstone nicht klar.

Die Verhandlungsführung des Bundesfinanzministeriums – unter seinem Chefunterhändler Horst Köhler – und der Bundesbank – unter ihrem neuen Präsidenten Helmut Schlesinger – wird in dem Buch kritisch beurteilt. Beiden wird „strategic failure“ attestiert (S. 426, 437). „If (the Bundesbank) believed that certain minimum requirements for political union had to be in place for EMU to be viable, the appropriate strategy would have been to get the EC Monetary Committee to identify these requirements“ (S. 437) – die Erfolgsaussichten wären jedoch m. E. gering gewesen. Und das Bundesfinanzministerium habe nichts getan, um zu verhindern, daß der Europäische Rat in Maastricht ein Enddatum für den Übergang zur Währungsunion beschließen und die Entscheidung über den Teilnehmerkreis einer qualifizierten Mehrheit überlassen würde: „The German Finance Ministry had failed to close a major gap in the Treaty. It had not delivered a complete negotiating fait accompli“ (S. 448). Dies war um so leichtsinniger, als das Auswärtige Amt in beiden Fragen die Gegenseite unterstützte (S. 396, 408, 440).

Der Verzicht auf das Einstimmigkeitsprinzip sei bereits kurz vor dem Gipfel vom französischen Finanzminister Bérégovoy ventiliert worden – auch gegenüber Waigel und Köhler: „The Bérégovoy plan caught Waigel and Köhler off guard. By this late stage in the proceedings Köhler, like others, was too exhausted to focus on discussion of the plan“ (S. 446).

³³ Zu dieser Schlußfolgerung gelangt auch *Dorothee Heisenberg* in ihrem Buch *The Mark of the Bundesbank. Germany's Role in European Monetary Cooperation* (Boulder, London 1999, S. 185): „EMU had been the leverage to achieve greater EU political union. Thus, if anything was traded for German unity, it was Germany's requirement of significant EU political union ... With the timetable for EMU being hurried along by Mitterand, the casualty was political union.“ Ähnlich äußert sich *Hanns Jürgen Küsters*: „Die Strategie der Bundesregierung – Bindung der D-Mark gegen Zustimmung Frankreichs zu einem Durchbruch in Fragen der Politischen Union – ging nur zum Teil auf. Die Bundesregierung war nach der Zustimmung der Westmächte zur deutschen Einheit nicht in der Lage, noch weitere Konzessionen zu erwirken“ (Die Kontroverse zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterand um die institutionelle Reform der EG 1989/90, S. 24, unveröffentl. Manuskript, 2001). Und er bekräftigt: „Für Mitterand war die europäische Einbindung der deutschen Währung ein entscheidender Faktor, der Wiedervereinigung zuzustimmen“ (ebenda).

Ganz ähnlich verhielt es sich in der Frage des Starttermins: „In the early hours of 3 December, Bérégovoy lobbied Waigel briefly in private. Waigel ... was sounded out for the first time on the idea of a final date (which had not been included in the French plan), with 1999 being mentioned. But the idea did not properly register in Waigel’s mind, and he did not brief his officials and consider with them how they might pre-empt such a last-minute initiative“ (S. 446 f.). Auch Kohl „did not go to Maastricht determined to sign up Germany for a final date for stage 3“ (S. 448). Der Vorschlag kam vom italienischen Ministerpräsidenten Andreotti. „Andreotti ... agreed it over dinner with Mitterand; both then cleared it with Kohl; and the text was presented on 9 December to the European Council, before being forwarded to the finance ministers ... Neither Waigel nor Köhler were happy with this outcome ... Waigel was persuaded to go along with the Italian text“ (S. 447 f.). Kohl hat Waigel also schlicht übergegangen.

Kohl wollte in Maastricht eine „unumkehrbare“ Entscheidung für die Währungsunion (S. 370, 443 etc.) – wahrscheinlich, weil er hoffte, daß ein fait accompli die Kritiker entmutigen würde. Daß er als letzten Starttermin den 1.1.99 akzeptierte, war jedoch wohl ein politischer Kunstfehler und stützt Dyson’s und Featherstone’s These, daß auch Kohl in Maastricht überrascht wurde. Denn nun mußte die Entscheidung über die Einhaltung der Konvergenzkriterien und den Kreis der teilnehmenden Länder spätestens im Frühjahr 1998 getroffen werden – wenige Monate vor einer deutschen Bundestagswahl – und die haushaltspolitischen Konvergenzkriterien waren 1997 einzuhalten, was sich ungünstig auf die Konjunktur im Wahljahr auswirken mußte.

Es wäre zu wünschen, daß bald ein ähnlich aufschlußreiches Buch über die Ereignisse der Jahre 1992–98 erscheint.